

Antworten,
aber keine Lösungen

Aussichten auf Frieden?

Lars Hänsel

Im Sommer 2005 zogen sich die israelische Armee und israelische Siedler aus dem Gaza-Streifen und einigen Siedlungen im Norden des Westjordanlandes zurück. Dieser Schritt war in der israelischen Öffentlichkeit sehr umstritten, vor allem der Abbau der Siedlungen führte zu einer inneren Zerreißprobe. Mit dem Rückzug war jedoch die Hoffnung verbunden, dass dieser Freiraum von den Palästinensern zum Aufbau der palästinensischen Gesellschaft und von Institutionen für die Gründung eines palästinensischen Staates genutzt würde. Auch von einem „Singapur des Nahen Ostens“ war die Rede. Außerdem hegten viele die Hoffnung, dass dies ein wichtiger Schritt hin zu weiteren Rückzügen Israels sein würde und damit auf dem Weg zum Frieden mit den Palästinensern. Die von Ariel Scharon nach dem Rückzug aus dem Gaza-Streifen gegründete Kadima-Partei hatte mit der Agenda weiterer Rückzüge und einer Einigung mit den Palästinensern die israelischen Knessetwahlen im März 2006 gewonnen und verfolgte nicht zuletzt mit dem Annapolis-Prozess eine Friedenspolitik mit dem Ziel einer endgültigen Einigung mit den Palästinensern.

Der anhaltende Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen und schließlich die Machtübernahme der radikalislamischen Palästinenserorganisation Hamas und ihr Terror gegenüber Israel haben jedoch bei vielen Israelis die Hoffnung auf Frieden immer weiter infrage gestellt. Vor allem die Enttäuschung über den anhaltenden

Terror trotz des Rückzugs aus dem Gaza-Streifen saß und sitzt sehr tief.

Wie ist die Stimmung in der israelischen Gesellschaft heute? Welche Hoffnung sieht man hier nach der jüngsten israelischen Militäraktion gegen die Hamas auf Frieden zwischen Israel und den Palästinensern?

Unterstützung militärischer Reaktionen

Grundsätzlich unterstützte eine über große Mehrheit der Israelis das militärische Vorgehen gegen die Hamas. Wie ist dies zu erklären? Nach acht Jahren Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen wuchs der Druck auf die Regierung, Ruhe für den Süden Israels zu sichern und seine Bürger zu schützen. Die radikalen Palästinensergruppen im Gaza-Streifen hatten es geschafft, die Reichweite, Zielgenauigkeit und die Zerstörungswirkung ihrer Raketen stark zu verbessern. Mehr als eine halbe Million Israelis befanden sich vor dem Beginn der Militäraktion in der Reichweite der Raketen. Viele, vor allem Kinder, wurden durch den Raketenbeschuss verletzt und traumatisiert. Wer es sich leisten konnte, zog aus der Nähe des Gaza-Streifens weg. Als die im Sommer 2008 vereinbarte Waffenruhe am 19. Dezember 2008 aus Sicht der Hamas auslief, erhöhten die radikalen Palästinensergruppen den Raketenbeschuss dramatisch. Die israelische Armee sah sich gezwungen, nun gegen die Hamas und radikale Palästinenser im Gaza-Streifen vorzugehen. Dieses militärische Eingrei-

fen wurde auch deshalb mehrheitlich unterstützt, weil durch verschiedene erfolglose Maßnahmen zuvor wie etwa die gezielte Beseitigung von militanten Anführern der Hamas und die Schließung von Grenzübergängen die Situation offenbar nicht in den Griff zu bekommen war. Die Unterstützung kam aus allen Sektoren der israelischen Gesellschaft, auch linke Intellektuelle und Politiker unterstützten das Vorgehen ausdrücklich.

Der Preis des Terrors

Dennoch waren sich viele darüber im Klaren, dass militärisches Vorgehen letztlich keine Lösung ist und es gegen die Hamas keine rein militärische Lösung geben kann. Die Hamas stellt nicht nur ein militärisches Problem dar. Zu stark ist sie inzwischen in der palästinensischen Gesellschaft verwurzelt – nicht zuletzt durch ein dichtes Netzwerk von sozialen Einrichtungen und durch eine tief verwurzelte Ideologie. Aber – so die allgemeine Überzeugung – die Hamas stellt *auch* ein militärisches Problem dar, das man militärisch angehen kann und muss – nicht zuletzt, weil die Hamas als eine vor allem vom Iran und der Hisbollah unterstützte Organisation gesehen wird, deren weitere militärische Aufrüstung eine Gefährdung für Israel darstellt. Der breiten öffentlichen Unterstützung der Militäraktion in Israel lag die Überzeugung zugrunde: Militärische Probleme erfordern militärische Antworten. In den Augen der israelischen Öffentlichkeit hatte die Hamas bisher kaum Konsequenzen für ihren Terror zu tragen. Terror musste wieder einen Preis haben – dies war wahrscheinlich die stärkste Motivation zur Unterstützung der Militäraktion. Ruth Gavison, Menschenrechtsaktivistin, renommierte Rechtsphilosophin, ehemalige Kandidatin Tzipi Livnis für ein Richteramt am Höchsten Gericht und Mitglied der Winograd-Kommission zur Untersuchung des Liba-

nonkrieges, drückte es in einem Interview (*Haaretz Magazin*, 9. Januar 2009) so aus: „Einst galten wir als unschlagbar. Ägypten hat mit uns Frieden geschlossen, weil ihnen klar war, dass der Preis, uns zu bekämpfen, untragbar war. Heute ist klar, dass Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah in der Lage war, die Palästinenser davon zu überzeugen, dass es möglich ist, gegen uns zu kämpfen. Wir haben eine strategische Schwäche.“

Auch wenn in den Medien weiter darüber gestritten wird, ob das von Verteidigungsminister Ehud Barak angegebene Ziel der Abschreckungswirkung der israelischen Armee – angesichts der immer noch auf Israel abgeschossenen Raketen – tatsächlich erreicht wurde, so hat in den Augen der Öffentlichkeit zumindest Terror wieder einen Preis. Deshalb halten auch im Rückblick viele die Militäraktion gegen die Hamas für eine richtige und notwendige Antwort, auch wenn sie keine Lösung darstellt. Die Überzeugung, dass es keine *militärische Lösung* gegen die Hamas gibt, hat dann schließlich auch zur Einstellung der Kampfhandlungen beigetragen – nachdem jedoch die Hamas stark angeschlagen war.

Die Auseinandersetzung mit der Hamas und weiteren militanten Palästinensergruppen nach acht Jahren Raketenbeschuss hat natürlich die Bereitschaft der Israelis zum Risiko und für Kompromisse im Verhandlungsprozess mit den Palästinensern weiter eingeschränkt. War schon nach dem Beginn der zweiten palästinensischen Intifada im Jahr 2000 das gegenseitige Vertrauen nachhaltig gestört, so hat die Entwicklung im Gaza-Streifen, welche nun mit der militärischen Auseinandersetzung einen Höhepunkt erreichte, dieses Vertrauen noch weiter belastet.

Der israelischen Öffentlichkeit ist noch einmal deutlich ins Bewusstsein gerückt, wie tief zerstritten die palästinensische Gesellschaft und die palästinensische Führung sind: Mit einem moderaten Teil

unter Führung von Mahmud Abbas, der um Relevanz und Legitimität ringt und nur Einfluss auf einen Teil der Palästinenser hat, führt die israelische Führung intensive Friedensgespräche. Von der Hamas-Führung im Gaza-Streifen, deren Einfluss unter den Palästinensern nach der israelischen Wahrnehmung zunimmt, geht Terror aus. Nach der militärischen Auseinandersetzung im Gaza-Streifen verstärkt sich noch einmal die Skepsis über die Aussichten einer Einigung mit den Palästinensern, aber angesichts der innerpalästinensischen Zersplittertheit auch über den Wert jedweder Vereinbarung mit einem Teil der Palästinenser. Selbst unter den wenigen Optimisten geht niemand davon aus, dass Vereinbarungen mit den Palästinensern in absehbarer Zeit umsetzbar sind.

Umgang mit Hamas

Aus einer Reihe von Gründen wird bezweifelt, dass eine Lösung greifbar ist. Nicht zuletzt wird die Spaltung der Palästinenser in der öffentlichen Wahrnehmung, aber auch unter Analysten als ein Hauptgrund dafür angesehen, dass es keine Fortschritte im Verhandlungsprozess geben kann. Auch wenn führende Politiker in der aktuellen Verhandlungssituation um eine weitere Waffenruhe immer wieder darauf hinweisen, dass der Hamas keinesfalls Legitimität durch direkten Dialog zukommen darf, ändert sich die öffentliche Meinung geringfügig: Bei einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung im Dezember 2008 waren 63 Prozent der Israelis dafür, mit der Hamas zu sprechen, wenn es für ein Vorankommen bei den Friedensverhandlungen notwendig ist – allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Hamas Teil einer Einheitsregierung mit der Fatah ist. Ein Dialog mit der Hamas allein wird überraschenderweise aber nicht als normativ und mehrheitsfähig angesehen: 59 Prozent der Befragten glauben, dass die Mehrheit der Bevölke-

rung einen Dialog mit Hamas als Teil einer Einheitsregierung ablehnen würde.

Ein Dialog mit der Hamas allein (ohne Beteiligung an einer palästinensischen Einheitsregierung) wird jedoch nach wie vor mehrheitlich abgelehnt, auch wenn er von immer mehr Stimmen in den Medien gefordert wird. In dieser gewandelten Meinung spiegelt sich offenbar auch ein gewisser Realismus, der von der Hamas als politischem Faktum ausgeht, welches auf Dauer nicht negiert werden kann.

Dies ist deshalb ein wichtiger Aspekt für die Beantwortung der Frage nach Friedenschancen nach der Militäroperation im Gaza-Streifen: Hat die Militäraktion eine Einigung zwischen Hamas und Fatah wahrscheinlicher gemacht oder nicht? Ansätze zu einer pragmatischen Haltung der Hamas sind darin zu erkennen, dass für eine Öffnung der Grenze Gazas zu Ägypten eine Zusammenarbeit mit der Fatah notwendig ist: Die gegenwärtigen, durch Ägypten vermittelten Verhandlungen werden um die Wiederherstellung des Grenzregimes unter EU-Monitoring geführt (EU-BAM), welches Fatah-Grenzbeamte vorsieht, die unter Aufsicht von europäischen Beamten den Personenverkehr kontrollieren. Die Hamas könnte sich auf eine sehr weit zurückgezogene Rolle innerhalb des Grenzregimes einlassen, da sie großes Interesse an der baldigen Grenzöffnung hat. Auch weitere Interessen der Hamas – so israelische Beobachter – wie etwa die Ausweitung ihrer Macht im Westjordanland könnten sie zu einer pragmatischen Haltung veranlassen. Damit verbunden ist die Frage, ob die Hamas grundsätzlich wandlungsfähig ist und möglicherweise in Zukunft die Zerstörung Israels als Ziel aufgeben kann. Analysten verweisen auf die großen Unterschiede zwischen der Hamas und der gewandelten PLO, welche nicht selten als Beispiel für die Wandlungsfähigkeit von terroristischen Organisationen gebracht wird. Unterschiede lägen vor

allem darin, dass die PLO damals in einer völlig anderen Situation war: Nach der Vertreibung aus Beirut nach Tunesien suchte die weitgehend isolierte PLO-Spitze um Jassir Arafat nach einem Weg, wieder eine Rolle in den palästinensischen Gebieten zu spielen. Ohne eine Annäherung an Israel war dies nicht möglich. Die Hamas hingegen hat bereits Macht und wird von (radikalen) muslimischen Staaten unterstützt. Zudem findet sie auch gerade deshalb Unterstützung bei Palästinensern, weil sie sich als Anführerin des kompromisslosen Widerstandes gegen Israel profiliert. Eine strategische Neuorientierung würde dem entgegenlaufen. Ob also eine möglicherweise taktisch-pragmatische Haltung der Hamas auch in eine neue strategische Ausrichtung mündet, ist kaum absehbar und wird eher bezweifelt.

Politische Antworten, aber keine Lösungen

Auch wenn die Kadima unter Führung der bisherigen Außenministerin Tzipi Livni die meisten Mandate in der Knesset erringen konnte, so ist dennoch das Mitte-rechts-Lager Gewinner der Wahl am 10. Februar 2009. Die Kadima konnte zudem ihre Stärke mit 28 Mandaten (fast) halten, weil sie die an das Mitte-rechts-Lager verlorenen Stimmen durch Stimmen von Wählern der Arbeitspartei und der linksliberalen Meretz ausgleichen konnte. Das traditionelle Friedenslager ist der eigentliche Verlierer der Wahl.

Die Stärke des Likud, der seine Zahl der Knessetmandate von 12 auf 27 mehr als verdoppeln konnte, und die absehbare Stärke der rechtsnationalen Partei Israel Beteinu (Israel unser Haus) mit jetzt 15 Mandaten haben ihre Ursache nicht nur im Gaza-Krieg. Dieser hat aber die Entwicklung weiter verstärkt und die Stimmung geprägt: Unterstützt wurden eine harte Haltung gegenüber radikalen Palästinensern und die Sicherung der Existenz

Israels, welche durch Terror (mit iranischer Unterstützung potenziell auch durch nuklearen Terror) als immer stärker bedroht gesehen wird. Gewählt wurde das Mitte-rechts-Lager wohl auch deshalb, weil man ihm – nach dem von der Kadima vorgebrachten und letztlich gescheiterten Annapolis-Prozess – am ehesten zutraut, eine auf strategischen Interessen Israels basierende Friedensregelung mit den Nachbarn zu finden. Nicht selten wurde nach der Wahl darauf hingewiesen, dass es rechte Regierungen waren, die bisher am meisten Kompromisse gemacht hatten und schließlich Frieden brachten. Außerdem ist bisher jede rechte Regierung in der Zeit der Regierungsverantwortung mit ihrer Politik weiter in die Mitte gerückt.

Benjamin Netanjahu gilt als ein strategisch denkender Politiker, der auch – als ehemaliger Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen – als guter Kenner der Interessen der internationalen Gemeinschaft gilt. Bekannt sind auch seine guten Kontakte in die USA, den wichtigsten Verbündeten Israels. Enge Vertraute Netanjahus weisen außerdem darauf hin, dass beim Besuch Obamas im vergangenen Sommer eine ausgesprochen gute Atmosphäre geherrscht habe und die „Chemie“ zwischen beiden „stimmt“. Nicht nur aufgrund des inzwischen mehrfach von den USA und anderen geäußerten Interesses gehen viele Beobachter davon aus, dass Netanjahu die Verhandlungen mit den moderaten Palästinensern weiterführen wird. Keine israelische Regierung kann sich einen Abbruch der Verhandlungen leisten.

Wenn also Netanjahu die nächste Regierung anführen sollte, so traut man ihm hier in jedem Fall weitere Verhandlungen mit den Nachbarn Israels zu. Ob dies zu einem Ende des Konfliktes führt, darüber besteht breite Skepsis. Angesichts der Probleme auf palästinensischer Seite sieht man derzeit keine Chancen auf eine poli-

tische Lösung des Konfliktes. Dennoch muss es *politische Antworten* geben. In keiner Partei – auch nicht in der Kadima – geht man davon aus, dass eine Lösung des Konfliktes derzeit möglich ist. Viele sehen in der Gründung eines palästinensischen Staates noch keine endgültige Lösung. Die Sorge vieler Israelis ist, dass selbst nach der Gründung eines palästinensischen Staates die Palästinenser dies nicht als Ende des Konfliktes betrachten, sondern dann weitere Forderungen stellen werden. Offenbar wollen die Israelis deshalb – so kann man das Wahlergebnis interpretieren –, dass rechte Regierungen Verhandlungen führen und möglicherweise Frieden bringen, der insbesondere auf der Wahrung der Sicherheitsinteressen Israels basiert. Selbst die vor allem von linken Medien zum Feindbild stilisierte Partei Israel Beteinu ist nicht per se gegen die Gründung eines palästinensischen Staates. Ihr Parteiführer Avigdor Lieberman saß bereits während der Friedensverhandlungen mit den Palästinensern im Kabinett der Regierung Olmert. Auch eine Teilung Jerusalems schloss er damals nicht aus. Noch wichtiger als die außenpolitische Agenda sind Israel Beteinu innenpolitische Anliegen, zum Beispiel die Zivilehe, aber auch soziale Themen, welche die Arbeitspartei nicht (mehr) besetzt. Weiterhin gibt es deutliche Mehrheiten der Israelis bei Umfragen für die Gründung eines palästinensischen Staates und für Frieden mit den Nachbarn. Die Chancen auf einen Frieden in absehbarer Zeit im Sinne der Konfliktlösung werden aber in Israel derzeit als nicht hoch eingeschätzt – im Gegenteil. Eine Lösung scheint in weiter Ferne.

Präsident Peres hat es in diesen Tagen in einem Artikel für die *Washington Post* als Antwort auf alle Spekulationen auf eine Ein-Staaten-Lösung, welche das Ende des jüdischen Staates wäre, auf den Punkt gebracht, nämlich „dass die Zwei-

Staaten-Lösung nicht nur die beste Lösung für diesen uralten Konflikt ist, sondern auch dass sie in unserer Reichweite liegt“ (zitiert nach: Newsletter der israelischen Botschaft, 12. Februar 2009). Würden ihm für den ersten Teil des Satzes Mehrheiten in Israel folgen, so gilt dies kaum für den letzten Teil. Eher schon trifft Ruth Gavison im erwähnten Interview die Mehrheitsmeinung: „[...] wie verwöhnte Kinder wollen wir Frieden jetzt und sofort haben. Aber es gibt keinen Frieden jetzt und sofort. Einige der Nachbarn wollen uns als Kreuzfahrer sehen [die eine historische Episode waren], sie geben uns keinen Frieden. Es gibt keine Option, einfach nur genug Zugeständnisse zu machen, um Frieden jetzt zu erlangen. Jeder, der denkt, dass es diese Option gibt, sieht die Realität nicht. [...] Für einen [Friedens-]Vertrag und für Versöhnung gibt es keinen Partner. [...] Es gibt keinen Partner für eine Erklärung, dass sie [die Palästinenser] die Forderung nach dem gesamten [das heißt historischen, LH] Palästina als ihr Heimatland aufgeben. [...] Aber sie sind möglicherweise ein Partner für eine praktische Vereinbarung.“

Auch wenn es derzeit keine *politische Lösung* des Problems gibt, so müssen doch *politische Antworten* gegeben werden im Sinne eines guten Konfliktmanagements. Krieg oder Frieden? Viele meinen hier: *Tertium datur!* – Es gibt vorläufig noch eine Situation dazwischen.

Die Wahl am 10. Februar kurz nach der israelischen Militäroperation gegen die Hamas im Gaza-Streifen hat gezeigt, dass die richtigen politischen Antworten in dieser Situation in Israel mehrheitlich vor allem Parteien aus dem Mitte-rechts-Spektrum zugetraut werden. Sie stellen die Sicherheit des Staates Israel als jüdischen Staats in den Vordergrund und gehen für viele Israelis angesichts fehlender Lösungen am wenigsten Risiken ein.